

## COVID-19-Krise lässt Interesse an Politik steigen – aber nicht bei Allen

Dimitri Prandner

Martina Beham-Rabanser

Wie sehr interessieren sich die Österreicherinnen und Österreicher während der COVID-19-Krise für Politik? Gleichen sich in der Pandemie die Interessen für Politik unterschiedlicher sozialer Gruppen an oder trennt die Krise die Gesellschaft weiter in politisch Interessierte und Desinteressierte?

Der *Soziale Survey Österreich* und der *European Social Survey* zeigen: Die Krise hat das Interesse an Politik gesteigert, insbesondere bei Älteren, die im Pandemiemanagement im Fokus des politischen und medialen Diskurses standen, aber auch bei anderen vulnerablen Gruppen, die die Auswirkungen politischer Entscheidungen zur Eindämmung der Pandemie sehr unmittelbar zu spüren bekamen. Sind allerdings Gesundheitsprobleme virulent, relativiert sich die Bedeutung von Politik.

Die COVID-19-Krise verdeutlicht, wie politische Entscheidungen direkt und unmittelbar in den Alltag und das Leben von Menschen eingreifen. Bisherige Untersuchungen zeigen, dass das Vertrauen der Menschen in die Politik im Verlauf der Pandemie gesunken ist<sup>1 & 2</sup> – was auch negative Folgen auf das politische Interesse haben kann. Da politisches Interesse aber die Grundbedingung für eine aufgeklärte Teilhabe am politischen Prozess ist, stellt sich die Frage: Wie wirken sich die Erfahrungen mit der Politik während der Pandemie auf das politische Interesse und die generelle Bedeutung, die der Politik beigemessen wird, aus?

Antworten können in den Daten des *European Social Survey* und des *Sozialen Survey Österreich* gefunden werden. Wir beziehen uns dabei auf den *European Social Survey (ESS)* aus den Jahren 2002 bis 2018 sowie den *Sozialen Survey Österreich (SSÖ)* aus den Jahren 2003/2004, 2016 und 2021, wobei die neueste SSÖ-Erhebung im Jahr 2021 im Zeitraum zwischen Mitte Mai bis Anfang August stattfand. Daten dieser Studie wurden also in einem Zeitraum erhoben, in dem ab Juli die 2.COVID-19-Öffnungsverordnung<sup>3</sup> in Kraft war, die u.a. eine Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie 3-G Nachweise (geimpft-genesen-getestet) im Gastronomiebereich sowie bei Sport- und Kulturveranstaltungen vorsah. Maßnahmen wie die 3-G-Regel am Arbeitsplatz, die 2-G für Ungeimpfte im Freizeitbereich oder

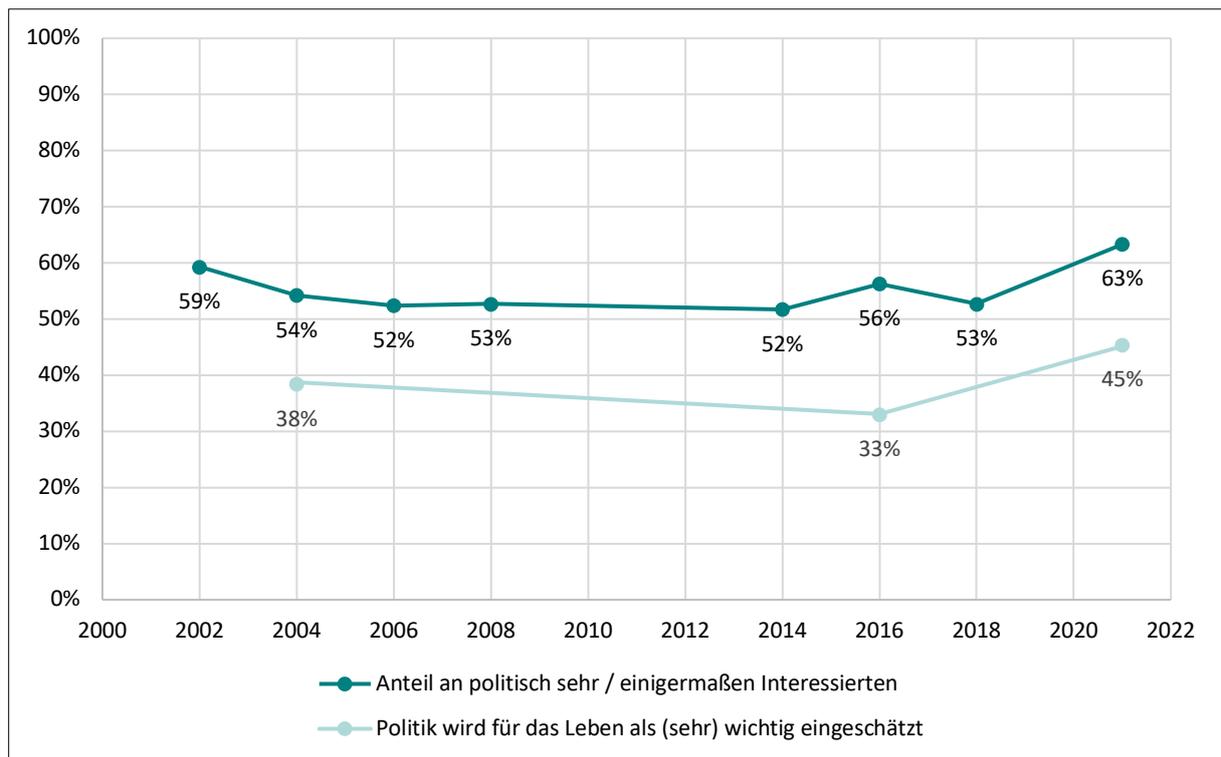
<sup>1</sup> Kowarcz, Nikolaus, Pollak, Markus (2020). *Wer vertraut dem Staat? Institutionenvertrauen in Zeiten von Corona*. <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog70/>

<sup>2</sup> Krejca, Felix, Partheymüller, Julia, Kritzing, Sylvia (2021). *Wem die Bürger\*innen in der Corona-Krise (noch) vertrauen*. <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/corona-dynamiken29/>

<sup>3</sup> 2. COVID-19-Öffnungsverordnung (Bundesgesetz BGBl. II Nr. 278/2021 idF BGBl. II328/2021)

die Impfpflicht für alle waren zu der Zeit politisch kein Thema, vielmehr wurde von manchen Politiker\*innen hinsichtlich der Pandemie ein „Licht am Ende des Tunnels“ in Aussicht gestellt.<sup>4</sup>

Auf Basis der Daten zeigt sich als langfristiger Trend: Sowohl das Interesse als auch die Bedeutung der Politik im Leben der Menschen ist im Pandemiejahr 2021 auf einem Höchststand, wenn man die Werte mit Erhebungen aus den letzten 20 Jahren vergleicht (siehe Abbildung 1).<sup>5</sup> Selbst im Jahr 2016 – nach der Flüchtlingsbewegung 2015 – stuften sich mit 56% deutlich weniger als politisch (sehr) interessiert ein als im Jahr 2021 mit 63%. Noch deutlicher zeigt sich dies beim generellen Stellenwert der Politik im Leben. Während 2016 Politik für 33% einen (sehr) wichtigen Bereich im Leben darstellte, trifft dies im Pandemiejahr 2021 auf 45% zu.



**Abbildung 1: Entwicklung des politischen Interesses und der Relevanz von Politik zwischen 2002 und 2021**

Anmerkungen: Anteil an Personen, die sehr / einigermaßen an Politik interessiert sind; Politik wird für das Leben als (sehr) wichtig eingeschätzt.

Datenquellen: Einschätzung, ob Politik für das Leben wichtig ist: SSÖ (2003/2004 (n=1.994), 2016 (n=1.992), 2021 (n=1.258). Interesse an Politik: ESS Wellen W1-2002 (n=2.234), W2-2004 (n=2.241), W3-2006 (n=2.386), W4-2008 (n=2.176), W7-2014 (n=1.795), W8-2016 (n=2.007), W9-2018 (n=2.499), SSÖ 2021 (n=1.258). ESS W5-2010 und W6-2021 sind nicht in vergleichbarer Form verfügbar. Gewichtete Daten.

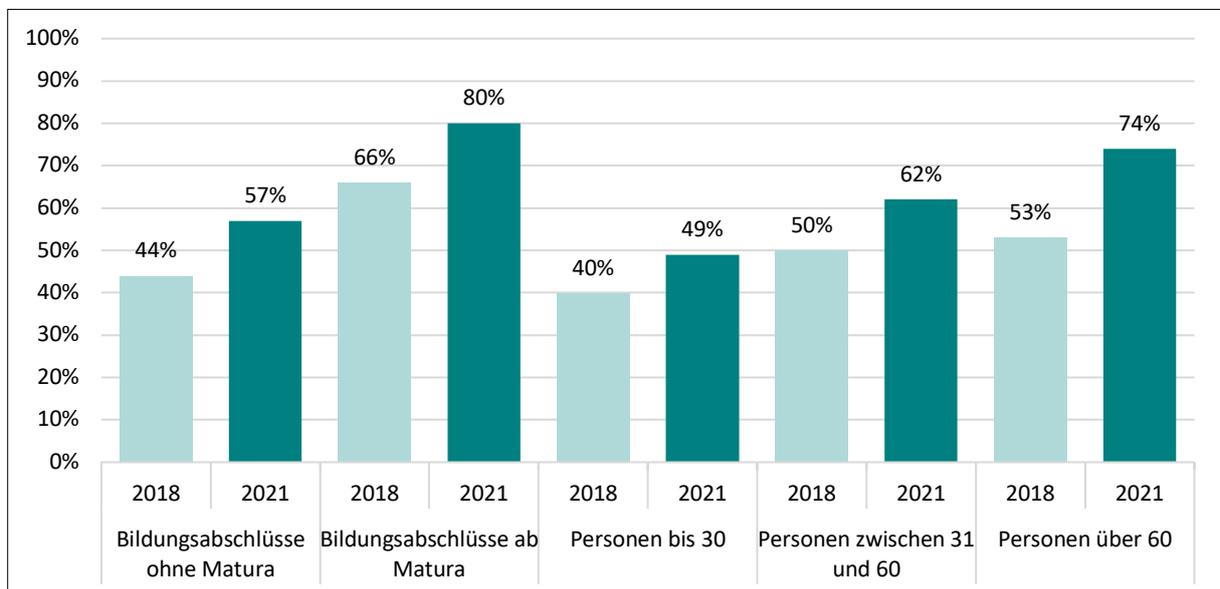
<sup>4</sup> ORF (2021). *Es gibt Licht am Ende des Tunnels*. <https://orf.at/stories/3179146>

<sup>5</sup> Fragestellung für politisches Interesse: „Wie sehr sind Sie an Politik interessiert?“ Antworten waren auf einer 4-teiligen Skala möglich. Ausgewiesen wird der Anteil jener Personen, die mit (1) sehr interessiert oder (2) einigermaßen interessiert geantwortet haben. Daten im Zeitraum von 2002 bis 2018 stammen aus dem ESS, 2021 aus dem SSÖ.

Fragestellung für Relevanz von Politik: „Wie wichtig ist für Sie der Lebensbereich Politik und öffentliches Leben?“ Antworten waren auf einer 7-teiligen Skala ((1) unwichtig bis (7) sehr wichtig). Ausgewiesen wird der Anteil an Personen, die mit 5,6 oder 7 geantwortet haben, die Daten stammen aus den SSÖ 2003/04, 2016 und 2021.

Dabei ist das politische Interesse in der Gesellschaft aber generell ungleich verteilt. In der Regel artikulieren Frauen, jüngere Alterskohorten und allgemein Personen mit einem geringeren formalen Bildungsabschluss und schwächerem sozioökonomischen Status ein vergleichsweise geringeres politisches Interesse.<sup>6</sup> Vielfach sind dies auch jene sozialen Gruppen, die die Folgen der Pandemie durch Mehrfachbelastungen in Folge von Homeschooling von Kindern und/oder erhöhten Risiken von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit besonders zu spüren bekamen.<sup>7</sup> Es stellt sich daher die Frage: Hat die Krise auch dazu beitragen, dass gesellschaftliche Gruppen, die zuvor geringeres politisches Interesse zeigten dieses entwickeln oder ging ganz im Gegenteil aufgrund der Erfahrungen in der Pandemie das Interesse gar noch zurück?

Abbildung 2 zeigt, dass grundsätzlich in keiner der hier abgebildeten Gruppen das Interesse zurück ging. Vielmehr ist das Interesse an Politik in der Gesamtbevölkerung gestiegen. Zugleich hat sich an den relationalen Unterschieden nur wenig geändert.



**Abbildung 2: Politisches Interesse nach Bildungsabschluss und Alter**

Anmerkungen: Anteil an Personen, die sehr / einigermaßen an Politik interessiert sind. Bildungsabschlüsse ohne Matura: Pflichtschule, Berufsschule, Berufsbildende mittlere Schule (z.B. Handelsschule); Bildungsabschlüsse mit Matura: Allgemeinbildende Höhere Schule (AHS), Berufsbildende höhere Schule (BHS), Fachhochschule, Pädagogische Hochschule, Universität.

Datenquellen: ESS 2018 (n=2.499) und SSÖ 2021 (n = 1.258). Gewichtete Daten.

Betrachtet man das formale Bildungsniveau, zeigen sich genauso wie vor der Krise eklatante Differenzen im politischen Interesse. So beschreiben sich im Jahr 2021 57% der Österreicher\*innen ohne

<sup>6</sup> Siehe für Österreich u. a. Prandner, D., & Grausgruber, A. (2019). Politische Involvierung in Österreich. In: Bacher J., Grausgruber A., Haller M., Höllinger F., Prandner D., Verwiebe R. (Hrsg.). *Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich*. Wiesbaden: Springer VS. DOI: [https://doi.org/10.1007/978-3-658-21081-6\\_16](https://doi.org/10.1007/978-3-658-21081-6_16), Seite 402f.

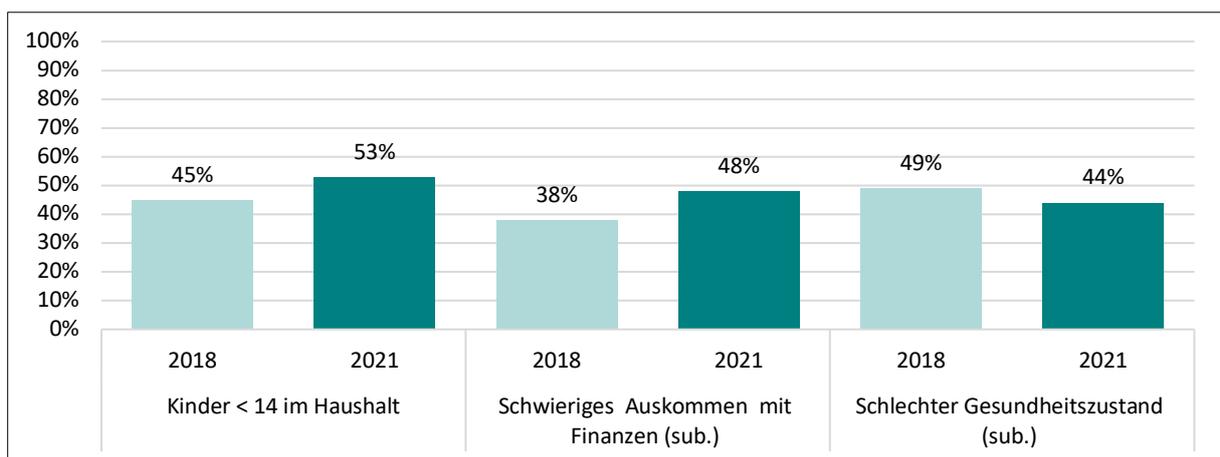
<sup>7</sup> Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2020). *Covid-19. Analyse zur sozialen Lage in Österreich*. Wien: BM für Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.

Matura als einigermaßen oder gar sehr politisch interessiert. Im Vergleich dazu sehen sich 80% derer mit Matura als einigermaßen oder gar sehr politisch. Im Jahr 2018 taten dies 44% ohne Matura bzw. 66% mit Matura.

Besonders auffallend ist ein deutlich gestiegenes Interesse der über 60-Jährigen (siehe Abbildung 2), die seit und vor allem zu Beginn der Pandemie politisch und medial auch als Risikogruppe für eine Covid-19-Erkrankung im Fokus der Aufmerksamkeit waren. Der Anteil der politisch Interessierten stieg von 53% um mehr als 20 Prozentpunkte auf 74%. Bei der Gruppe von 31 bis 60 Jahren ist das Interesse ausgehend von einem ähnlich hohen Niveau im Vergleich deutlich weniger stark angestiegen (von 50% auf 62%). Bei den Personen bis 30 Jahre fiel der Anstieg vergleichsweise am geringsten aus (40 auf 49%).

Auch am höheren politischen Interesse von Männern im Vergleich zu Frauen hat sich wenig verändert, und der Anteil der politisch Interessierten ist bei beiden Geschlechtern jeweils um 10 Prozentpunkte höher im Vergleich zu 2018 (Männer – 2018: 61%, 2021: 72%, Frauen – 2018: 45%, 2021: 55%; nicht dargestellt in Abbildung 2).

Es sind aber auch andere Personengruppen, die die Auswirkungen der politischen Maßnahmen unmittelbar und direkt zu spüren bekamen, deren Interesse an Politik gestiegen ist: Befragte mit Kindern im schulpflichtigen Alter und jene, die es bereits vor der COVID-19-Krise schwer hatten mit dem Einkommen auszukommen (siehe Abbildung 3). Etwas mehr als fünf von zehn Befragten, die Kinder im schulpflichtigen Alter haben, und im Laufe der Pandemie mehrfach gefordert waren, die Betreuung von Kindern und Lernunterstützung bei Distance Learning mit den Anforderungen der eigenen Erwerbstätigkeit auszubalancieren, sehen sich als politisch sehr/einigermaßen interessiert. In dieser Gruppe war ein Anstieg von 8 Prozentpunkten zu sehen (45% auf 53%). Noch etwas deutlicher war der Anstieg bei jenen Personen, die angaben mit ihren Finanzen nur schwer auszukommen – waren 2018 nur 38% unter ihnen, die politisches Interesse zeigten, waren es 2021 48%.



**Abbildung 3: Politisches Interesse bei Gruppen, die in der Pandemie stark gefordert waren**

Anmerkungen: Anteil an Personen, die sehr / einigermaßen an Politik interessiert sind.

Datenquellen: ESS 2018 (n = 2.499) und SSÖ 2021 (n = 1.258). Gewichtete Daten.

Gesunken ist hingegen, von 49% auf 44%, das Interesse bei jenen mit einem (sehr) schlechten Gesundheitszustand. Inwieweit dies mit Erfahrungen einer Corona-Erkrankung zusammenhängt oder auf andere gravierende Gesundheitsbeeinträchtigungen kann auf Basis der Daten nicht beantwortet werden. Schwerwiegende Gesundheitsprobleme scheinen aber gerade in Zeiten der Pandemie, in der Gesundheitsfragen breit diskutiert werden, das Interesse an und die Bedeutung von Politik im Vergleich zum hohen Gut der eigenen Gesundheit zu relativieren.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass in der COVID-19-Krise das Interesse an Politik gestiegen ist und mit 63% an Interessierten, das höchste Niveau seit Beginn des Jahrtausends erreicht hat. Dies gilt insbesondere für jene, die aufgrund erhöhter Risiken für eine CoV-Erkrankung im Fokus der politischen Aufmerksamkeit standen, die über 60-Jährigen. Mehr Interesse zeigen zudem jene, die überdurchschnittlich häufig die Auswirkungen der politischen Entscheidungen des Corona-Krisenmanagement sehr direkt und unmittelbar zu spüren bekamen: Eltern mit Kindern im Kindergarten- und Schulalter und jene, die das Gefühl haben, finanziell nur schwer über die Runden zu kommen. Anders sah es bei jenen aus, die gesundheitlich belastet sind. Bei ihnen verliert in der Pandemie Politik an Bedeutung.

Da Interesse an Politik als eine Grundvoraussetzung für politische Informiertheit und mündige Teilhabe gilt, kann der allgemein beobachtete Anstieg das Potential für Veränderungen haben. Dies zeigt sich in der aktuellen Situation auch darin, dass die Diskurse über politische Entscheidungen und die Verantwortung des Staats während der Pandemie einen prominenten Platz im öffentlichen wie auch medialen Raum eingenommen haben. Offen bleibt aber die Frage, ob diese Veränderungen am Interesse und an der Relevanzeinschätzung von Politik nach Ende der aktuellen Krise weiter Bestand haben oder eine Rückkehr zum Ausgangsniveau stattfindet.

## Zitationsvorschlag

---

Prandner, D., Beham-Rabanser, M. (2022). *COVID-19-Krise lässt Interesse an Politik steigen – aber nicht bei Allen. Sozialer Survey 2021 – Datenreport 09*; Zenodo. DOI: 10.5281/zenodo.5979283

## Informationen zu den Autor\*innen

---



Mag. Dr. Dimitri Prandner

**Dimitri Prandner** arbeitet seit dem SSÖ IV im Jahr 2016 im Team des Sozialen Survey.

Nachdem er 2016 als Koordinator für den Austausch zwischen Forschenden und dem Feldinstitut IFES tätig war, beschäftigt er sich regelmäßig mit der Datenqualität und methodischen Fragen der *Sozialen Survey Österreich* Erhebungen.

Inhaltlich ist er an politiksoziologischen Fragestellungen interessiert. Schwerpunkte sind politisches Interesse und Informationsverhalten.

Sie erreichen ihn für Rückfragen via [dimitri.Prandner@jku.at](mailto:dimitri.Prandner@jku.at) oder telefonisch unter 0732-2468-7703.



Mag.ª Dr.ª Martina Beham-Rabanser

**Martina Beham-Rabanser** ist seit 2005 im Team des Sozialen Survey.

Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen u.a. im Bereich der Werte- und Einstellungsforschung, Auswirkungen des Sozialen Wandel sowie Familien- und Generationenbeziehungen.

Sie erreichen sie für Rückfragen via [martina.beham-rabanser@jku.at](mailto:martina.beham-rabanser@jku.at) oder telefonisch unter 0732-2468-7704.

## Weiterführende Informationen

---

Seit mehr als 30 Jahren sammeln Soziologinnen und Soziologen der Universitäten Graz, Linz, Salzburg und Wien im Rahmen des Kooperationsprojekts „Sozialer Survey Österreich“ (SSÖ) repräsentative Umfragedaten zur Sozialstruktur und zu Werthaltungen der österreichischen Wohnbevölkerung und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Dauerbeobachtung der Gesellschaft.

Basierend auf den Daten der ersten zwei Erhebungen des Sozialen Survey Österreich (1986 und 1993) hat Kurt Holm den Wandel der politischen Einstellungen in Österreich diskutiert. Informationen findet man unter:

Holm, K. (1996). Wandel politischer Einstellungen. In: Haller, M., Holm, K., Müller, K. M., Schulz, W., Cyba, E. (Hrsg.). *Österreich im Wandel. Werte, Lebensformen und Lebensqualität 1986 bis 1993*. Oldenbourg: Verlag Geschichte und Politik, 221-242

Dimitri Prandner und Alfred Grausgruber haben mit Daten des Sozialen Survey Österreich 2016 und der im selben Jahr durchgeführten SSÖ-Umfrage unter Migrant\*innen die Entwicklung des politischen Interesses und der Relevanz von Politik im Zeitverlauf analysiert. Sie zeigen, dass der Anteil an politisch Distanzierten seit den 1980er Jahren in Österreich anstieg und die Involvierung in Politik weiterhin stark von den verfügbaren eigenen Ressourcen abhängig ist. Durch den Putschversuch und den darauffolgenden Maßnahmen in der Türkei 2016 haben viele türkische Migrant\*innen den politischen Entwicklungen im Herkunftsland eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt

Prandner D., Grausgruber A. (2019). Politische Involvierung in Österreich.. In: Bacher J., Grausgruber A., Haller M., Höllinger F., Prandner D., Verwiebe R. (Hrsg.). *Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich*. Springer VS, Wiesbaden. DOI: [https://doi.org/10.1007/978-3-658-21081-6\\_16](https://doi.org/10.1007/978-3-658-21081-6_16)

Prandner D., Grausgruber A. (2019) Politisches Interesse und politisches Informationsverhalten von Migrantinnen und Migranten. In: Aschauer W., Beham-Rabanser M., Bodi-Fernandez O., Haller M., Muckenhuber J. (Hrsg.). *Die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich*. Springer VS, Wiesbaden. DOI: [https://doi.org/10.1007/978-3-658-25592-3\\_8](https://doi.org/10.1007/978-3-658-25592-3_8)